

| Council of European Municipalities and Regions  
| Conseil des Communes et Régions d'Europe  
| Συμβολίο των Ευρωπαϊκ Δήμων και περιφερειών  
| Consejo de municipios y regiones de europa  
| Consiglio dei comuni e delle regioni d'Europa  
| Raad der Europese gemeenten en regio's  
| Conselho dos municípios e regiões da Europa



| **RGRE** | Gereonstraße 18 - 32 | 50670 Köln

**Rat der Gemeinden und Regionen Europas** | Deutsche Sektion

## **RGRE- Infobrief 03/2019**

Datum

14.10.2019

Unser Zeichen

81.00.06

Telefon +49 221 3771-0

Durchwahl 3771-315

Telefax +49 221 3771-100

E-Mail

mascha.gerwin@staedtetag.de

Bearbeitet von

Mascha Gerwin

## **Infobrief**

### **für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker**

#### **in Rat und Verwaltung**

---

#### **IN EIGENER SACHE**

Bitte teilen Sie uns mit, wenn sich Ihre E-Mail-Anschrift ändert.

Schicken Sie uns einfach eine E-Mail an: [infobrief\(at\)rgre.de](mailto:infobrief(at)rgre.de).

Bitte fügen Sie dieser E-Mail auch Ihre Anschrift sowie Ihre Mitgliedsnummer bei.

Wir danken für Ihre Hilfe und wünschen angenehme Lektüre.

Ihr RGRE-Team

*Hinweis: Die im Infobrief aufgeführten Informationen sind mit größter Sorgfalt recherchiert. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der genannten Daten können wir allerdings keine Gewähr übernehmen.*

Gereonstraße 18 - 32, 50670 Köln | Telefon +49 221 3771-0 Telefax +49 221 3771-128  
Durchwahl +49 221 3771-310 und +49 221 3771-188  
Internet: [www.rgre.de](http://www.rgre.de) | Mail: [post@rgre.de](mailto:post@rgre.de)

Bankverbindung: Sparkasse KölnBonn Konto 30 212 153 (BLZ 370 501 98) | IBAN: DE15 3705 0198 0030 2121 53 SWIFT-BIC: COLSDE33

## Inhaltsverzeichnis

I.	Deutsche Sektion des RGRE .....	3
	Europas Zukunft gemeinsam mit der kommunalen Ebene gestalten.....	3
II.	Europäische Kommission .....	3
	Hearings im Europäischen Parlament: Französische Kandidatin abgelehnt .....	3
III.	Kommunale Entwicklungszusammenarbeit.....	4
	Kommunen übernehmen globale Verantwortung.....	4
IV.	Veröffentlichungen .....	5
	Zeitschriftenspiegel .....	5
V.	Partnerschaftsarbeit.....	5
	Partnerschaftsgesuche.....	5
	...aus Bolivien: Puerto Suárez .....	5
	...aus Bolivien: Taraco.....	5
	...aus Malawi: Mzuzu City .....	6
	...aus Palästina: Dura .....	6
	...aus Palästina: Ya'bad .....	6
	...aus der Türkei: İdil .....	7
	...aus den USA: Tunica, Mississippi.....	7
VI.	Veranstaltungen / Wettbewerbe / Sonstiges .....	8
	Tagung „Kommunen sagen Ja zu Europa“ im November in Essen .....	8
	Acht Städte im Rennen um „Kulturhauptstadt Europas 2025“ .....	8
	Zwei Europäische Bürgerinitiativen im Bereich Umweltschutz registriert .....	8

## I. Deutsche Sektion des RGRE

### Europas Zukunft gemeinsam mit der kommunalen Ebene gestalten

Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus Deutschland und Österreich haben am 10. Oktober 2019 in Nürnberg ihre Forderungen an die neue Europäische Kommission formuliert, die am 1. November 2019 ihre Arbeit aufnehmen soll. Bei der ersten gemeinsamen Sitzung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) mit dem Österreichischen Städtebund und dem Österreichischen Gemeindebund betonten die Führungsspitzen der Verbände, dass Europas Zukunft nur gemeinsam mit der kommunalen Ebene gestaltet werden kann. „Die kommunale Ebene ist den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten. In den Städten, Landkreisen und Gemeinden wird Europa gelebt und gestaltet“, betont der Präsident der Deutschen Sektion des RGRE und Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe, Dr. Frank Mentrup. „Deshalb begrüßen wir die von der neuen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angekündigte „Konferenz zur Zukunft Europas“, die 2020 beginnen und zwei Jahre laufen soll. Die Deutsche Sektion des RGRE und ihre Kommunen sind bereit, sich einzubringen und fordern eine Einbeziehung in den Prozess zur Gestaltung der Zukunft Europas.“

In ihrer [gemeinsamen Erklärung](#) fordern die drei Verbände zudem die Achtung der Prinzipien der Subsidiarität und der kommunalen Selbstverwaltung. Die Europäische Kohäsionspolitik müsse alle Regionen der EU umfassen und die Entwicklung sowohl städtischer Gebiete als auch ländlicher Regionen fördern. Zudem betonen die Verbände die Bedeutung der Tausenden von Partnerschaften zwischen europäischen Kommunen für den Zusammenhalt in Europa. Zur Förderung der kommunalen Partnerschaftsarbeit solle die EU pro Jahr jeweils einen Euro pro Bürgerin und Bürger ausgeben. Zuvor haben Präsidium und Hauptausschuss der Deutschen Sektion des RGRE bei ihrer Sitzung am 9. Oktober in Nürnberg bereits die Bedeutung kommunaler Partnerschaften für die deutsch-französische Zusammenarbeit unter dem Dach des Aachener Vertrags hervorgehoben. Dieser wurde am 22. Januar 2019 zwischen Deutschland und Frankreich als Neuauflage des Elysée-Vertrags von 1963 beschlossen und soll unter anderem die regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern. Dazu ist die Einrichtung eines Bürgerfonds sowie eines Ausschusses für grenzüberschreitende Zusammenarbeit geplant. Die Führungsgremien der Deutschen Sektion des RGRE begrüßen in diesem Zusammenhang die [gemeinsame Resolution](#) ihres Deutsch-Französischen Ausschusses und der Französischen Sektion des RGRE und fordern auch hier eine aktive Beteiligung der kommunalen Ebene bei der Umsetzung des Aachener Vertrages.

## II. Europäische Kommission

### Hearings im Europäischen Parlament: Französische Kandidatin abgelehnt

Am 1. November soll die neue EU-Kommission mit Präsidentin Ursula Von der Leyen ihre Arbeit aufnehmen. Vorher stehen allerdings die Anhörungen der vorgeschlagenen Kommissarinnen und Kommissare im Europäischen Parlament an. Im Zuge dieser Anhörungen wurden 23 der insgesamt 26 von Ursula von der Leyen vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten von den Abgeordneten bestätigt. Die französische Kandidatin Sylvie Goulard, der ungarische Kandidat Laszlo Trocsanyi und die rumänische Kandidatin Rovana Plumb konnten die Mehrheit der Abgeordneten allerdings aus unterschiedlichen Gründen nicht überzeugen, demnach sind die Kandidaturen dieser drei Länder nun offen. Zur weiteren Vorgehensweise veröffentlichte Ursula von der Leyen eine [Erklärung](#).

Bevor die neue Kommission ihre Arbeit aufnehmen kann, muss das EU-Parlament darüber abstimmen, ob es das sog. Kollegium im Ganzen akzeptiert oder nicht. Der Europäische Rat, also die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten, müssen die Kommissarinnen und Kommissare mit qualifizierter Mehrheit ernennen.

### **III. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit**

#### **Kommunen übernehmen globale Verantwortung**

Der Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) tagte am 9. und 10. September 2019 in Bonn. An der Sitzung nahmen mehr als 20 Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus deutschen Städten, Landkreisen und Gemeinden, zehn Referentinnen und Referenten sowie ständige Gäste teil.

Dr. Doris Witteler-Stiepelmann, Referatsleiterin für kommunale Zusammenarbeit im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), zeigte sich erfreut über die steigende Anzahl von deutschen Städten, Landkreisen und Gemeinden, die sich für Kommunen im Globalen Süden engagieren. So seien mittlerweile insgesamt 850 deutsche Kommunen in diesem Bereich aktiv. Wie Dr. Witteler-Stiepelmann mitteilte, ist im Haushaltsentwurf der Regierung für das nächste Jahr eine Erhöhung der Barmittel zur Förderung der kommunalen Zusammenarbeit auf 30,9 Millionen Euro vorgesehen. In diesem Jahr betragen sie 25 Millionen Euro. Da allerdings die Verpflichtungsermächtigungen bei 21 Millionen Euro liegen, zeichnet sich in den Folgejahren die Notwendigkeit zu Einsparungen gegenüber 2020 ab.

#### **Förderung kommunaler Partnerschaften**

Für kommunale Partnerschaften steht – gefördert durch das BMZ – personelle Unterstützung bereit. Philip Eichler von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) stellte das Programm „Fachkräfte für kommunale Partnerschaften weltweit“ vor. Im Rahmen des Programms werden aktive Partnerschaften zwischen deutschen Kommunen und Kommunen im Globalen Süden durch den Einsatz kommunaler Expertinnen und Experten gefördert, die zwei bis vier Jahre in der Südkommune eingesetzt werden. Interessierte Fachkräfte, die in Schlüsselpositionen in der Partnerkommune tätig werden möchten, erhalten von ihrem Arbeitgeber aus der Partnerkommune ein lokales Gehalt, das auf ein europäisches Niveau aufgestockt wird.

Kommunale Partnerschaften werden auch themenbezogen gefördert. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global unterstützt beispielsweise Klimapartnerschaften. Denn schmelzende Gletscher, ein ansteigender Meeresspiegel, knapper werdende Süßwasserressourcen, zunehmende Wetterextreme wie Dürreperioden, Starkregen, Überflutungen und Wirbelstürme: Der Klimawandel macht sich vielfältig bemerkbar – und dies fast immer durch zu viel oder zu wenig Wasser. Mandy Wagner von SKEW berichtete über Klimapartnerschaften zwischen deutschen Städten, Landkreisen und Gemeinden mit Kommunen im Globalen Süden. Insgesamt hätten bisher 64 deutsche Kommunen 71 Klimapartnerschaften geschlossen, davon 36 mit afrikanischen Kommunen.

Bei der Umsetzung von Maßnahmen zu Klimaschutz und Klimafolgenanpassung komme den Kommunen eine entscheidende Rolle und Verantwortung zu, betonte Wagner. Hier setzt das Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ an. In jeder Projektphase kommen etwa zehn Klimapartnerschaften – bestehend aus jeweils einer deutschen und einer Kommune aus dem Globalen Süden – zusammen, die für einen Zeitraum von zwei Jahren intensiv begleitet, beraten und finanziell unterstützt werden. In dieser Zeit erstellen die Partnerkommunen gemeinsame Handlungsprogramme, die neben einer gemeinsamen Vision auch konkrete Ziele, Maßnahmen und Ressourcen beinhalten. Dabei geht es etwa um den Einsatz von Solarenergie zur Stromgewinnung, Hochwasserschutz oder Formen der nachhaltigen Mobilität zur Minderung von Kohlendioxid-Emissionen.

## IV. Veröffentlichungen

### Zeitschriftenspiegel

Fundstelle	Ausgabe	Autor/in	Titel des Artikels
Würzburger rechtswissenschaftliche Schriften	Bd. 102/2019 S. 63-76	Ludwigs	Kommunale Selbstverwaltung als Teil der nationalen Identität im Prozess der Europäisierung
Aus Politik und Zeitgeschichte	69. H. 40-42/2019 S. 17-22	Habermas	Restitutionsdebatten, koloniale Aphasie und die Frage, was Europa ausmacht
Aus Politik und Zeitgeschichte	69. H. 40-42/2019 S. 40-45	Bechhaus-Gerst	Koloniale Spuren im städtischen Raum

## V. Partnerschaftsarbeit

### Partnerschaftsgesuche

#### ...aus Bolivien: Puerto Suárez

Die Gemeinde Puerto Suárez in Bolivien ist am Aufbau einer kommunalen Partnerschaft mit einer deutschen Kommune interessiert. Puerto Suárez hat ca. 16.000 Einwohner und eine Fläche von fast 13.000 Quadratkilometern. Die Gemeinde liegt an der Grenze zu Brasilien und stützt ihre Wirtschaft auf Landwirtschaft und Viehzucht, Industrie, Tourismus, Gastgewerbe sowie Aktivitäten im Außenhandel. Zwar gibt es mehrere Sportanlagen, u.a. einen Kunstrasenplatz, aber keine kulturellen Einrichtungen. Neben Spanisch wird in den Schulen auch die indigene Sprache Besiro unterrichtet. Charakteristisch für Puerto Suárez ist ein von Wäldern umgebenes Sumpfgebiet. Hier gibt es über 1.600 Pflanzenarten und über 700 Vogelarten.

Puerto Suárez sucht eine Partnerstadt mit Viehzucht, Landwirtschaft und Touristenattraktionen, die genau wie Puerto Suárez an einer Landesgrenze liegt. Die Gemeinde ist vor allem am Ideenaustausch, Unterstützung bei Projekten sowie der Schulung der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter interessiert. Sie möchte neue Erkenntnisse und Wissen unter die Menschen bringen und moderne Konzepte kennenlernen und ggf. übernehmen.

#### ...aus Bolivien: Taraco

Die bolivianische Kommune Taraco, ca. 84 Kilometer von der Hauptstadt La Paz entfernt, ist am Aufbau einer kommunalen Partnerschaft mit einer deutschen Kommune interessiert. Auf einer Höhe von ca. 3.800m über dem Meeresspiegel am Ufer des Titicacasees gelegen, verfügt Taraco über großes touristisches Potenzial: Neben der schönen Naturlandschaft gibt es auch archäologische Stätten der Inka und anderen prähispanischen Kulturen zu bestaunen. Drei archäologische Museen sowie ein Kolonialtempel aus dem 17./18. Jahrhundert ergänzen diese Sehenswürdigkeiten. 99 Prozent der ca. 6500 Einwohner Taracos gehören zum indigenen Volk der Aymara und leben von Landwirtschaft und Fischerei. Bisher unterhält Taraco keine Partnerschaften mit europäischen Kommunen. Die Kommune ist arm und wünscht sich von einer deutschen Partnerstadt Unterstützung bei der Entwicklung, vor allem auf den Gebieten der Landwirtschaft, Viehzucht, Fischerei und des Tourismus.

### **...aus Malawi: Mzuzu City**

Die Kommune Mzuzu City (Malawi) ist am Aufbau einer kommunalen Partnerschaft mit einer deutschen Kommune interessiert. Die Stadt liegt im nördlichen Malawi und hat ca. 300.000 Einwohner, in der Nähe der Stadt befinden sich der Malawisee und der Nykia Nationalpark. Die Stadt entwickelte sich vor allem dank der Commonwealth Development Cooperation nach 1948. Im Jahr 1989 schließlich erhielt Mzuzu City offiziell den Stadtstatus. Wirtschaftlich gesehen stellt neben Holzverkauf und einem Sägewerk der Anbau von Kaffee, Tee und Kautschuk im Hinterland die wichtigste Einnahmequelle dar. Auch Fischerei und Tungöl gehören zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen der Region.

Zu den gewünschten Bereichen der Zusammenarbeit zählen Gesundheit, Forstwirtschaft, Fischerei, Umwelt, Stadtplanung und ambulante Dienste.

### **...aus Palästina: Dura**

Dura in Palästina ist am Aufbau einer kommunalen Partnerschaft mit einer deutschen Kommune interessiert. Dura liegt acht Kilometer von Hebron/West Bank entfernt, umfasst mehr als 43 Dörfer und ländliche Gemeinden und hat 105.000 Einwohner, davon leben 41.000 im Zentrum von Dura. Die Kommune Dura besteht seit 1967 und zeichnet sich durch viele Organisationen, Institutionen und Verbände aus, die Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbringen. Ziel ist es, den sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Status der Bevölkerung zu verbessern. Besonders Kinder, Jugendliche Frauen, Ältere und Menschen mit Behinderung stehen im Fokus dieser Bemühungen. Zu den Dienstleistungen gehören die Wasser- und Energieversorgung, der Straßenbau sowie die Errichtung von Parks und Spielplätzen.

Dura ist bestrebt, Erfahrungen mit anderen Kommunen auszutauschen, die im Sinne der Bevölkerung ebenfalls sehr engagiert in der Daseinsvorsorge sind. Dura hofft, mit einer Reihe von freundlichen Städten und Gemeinden in Kontakt treten zu können, um sich in den Bereichen Kooperation und Partnerinstitutionen auszutauschen.

### **...aus Palästina: Ya'bad**

Von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt erreichte uns ein Partnerschaftsgesuch der palästinensischen Gemeinde Ya'bad, einem Ort mit ca. 18.000 Einwohnern etwa 18 Kilometer südwestlich von Jenin. Der Ort liegt auf einer Höhe von 350 Metern über dem Meeresspiegel und ist von 14 Dörfern umgeben, zu denen enge Kontakte gepflegt werden. Der Name des Ortes stammt von Ma'bad, was ‚Heiligtum des Abrahams‘ bedeutet. Ya'bad lebt von der Landwirtschaft und ist insbesondere für den Tabakanbau berühmt. Außerdem werden Oliven, Getreide und Hülsenfrüchte angepflanzt. Viele Bewohner arbeiten darüber hinaus im Handelssektor, bei der Palästinensischen Behörde und bei privaten Unternehmen. 1954, unter jordanischer Herrschaft, erhielt der Ort einen Stadtrat. Aktuell besteht er aus 13 Mitgliedern (11 Männern und zwei Frauen). Es gibt 46 städtische Mitarbeitende. Die Stadtverwaltung kümmert sich um die Wasser- und Stromversorgung, Infrastrukturprojekte und um die Themen Gesundheit und Umwelt, Frauen, Kinder, Jugend und Erziehung. Der Ort besitzt Überreste römischer und byzantinischer Architektur, in Felsen gemeißelte Brunnen, alte Begräbnisstätten und Heiligenschreine.

Ya'bad hat bereits eine Partnerschaft mit zwei französischen Regionen und einer italienischen Stadt. In Bezug auf eine Partnerschaft mit einer deutschen Kommune ist Ya'bad interessiert an einem allgemeinen Wissensaustausch und einer Zusammenarbeit in den Bereichen Wasser und Abwasser, Energieeffizienz und erneuerbare Energie, Capacity Building, Gesundheit, Digitalisierung und Kultur.

### **...aus der Türkei: İdil**

İdil, Kleinstadt und Landkreis, liegt im äußersten Südosten der Türkei in der anatolischen Provinz Şırnak. Die Kommune ist am Aufbau einer kommunalen Partnerschaft interessiert. İdil hat ca. 28.000 Einwohner und ist stark landwirtschaftlich geprägt, vor allem Trauben und Melonen werden hier angebaut. Besonders sehenswert sind mehrere historische Dörfer, wie z.B. Sare und Midik. Gelehrt werden die Sprachen Türkisch, Englisch und Arabisch. Nachdem mehrere kulturelle Einrichtungen zerstört wurden, ist nun das Stadthaus zentraler Ort kultureller Veranstaltungen und Begegnungen. In İdil treffen viele Kulturen und Religionen wie Jesiden, Christen und Muslime zusammen. Daher sollte auch eine mögliche deutsche Partnerkommune offen für andere Kulturen sein und sich durch Vielseitigkeit auszeichnen.

Bisher unterhält die Stadt keine kommunalen Partnerschaften. Gewünscht sind (Schüler-)Austausche in den Bereichen Kultur und Sprache, die Förderung von Praktika und Referendarstationen im Rahmen des Studiums sowie gegenseitige Besuche. Außerdem wird in İdil ein neuer Park für Frauen und Kinder gebaut, der der Partnerkommune gewidmet werden soll.

### **...aus den USA: Tunica, Mississippi**

Über das „Transatlantic Business & Investment Council“, weitergeleitet vom Deutschen Städte- und Gemeindebund, wurde ein Partnerschaftsgesuch aus Tunica, Mississippi an uns herangetragen.

Die Kommune Tunica in Mississippi (USA) ist am Aufbau einer kommunalen Partnerschaft mit einer deutschen Kommune interessiert.

Tunica County wurde am 9. Februar 1836 gegründet und ist nach den Tunica Native Americans benannt. Die Kommune hat etwa 10.000 Einwohner und eine Fläche von ca. 1.200 Quadratkilometern. Sie liegt im nordöstlichen Teil der Mississippi-Delta-Region - einer Region, die als Wiege des Blues bekannt und von Landwirtschaft geprägt ist.

Tunica ist ein wichtiges Zentrum für den Tourismus. Im Tunica RiverPark gibt es Museen, ein Aquarium, Wander- und Reitwege, angeboten werden auch Bootsfahrten und Musikveranstaltungen. Es gibt zahlreiche Casinos und Resorts, Golf- und Tennisplätze. Nach Las Vegas und Atlantic City war Tunica einmal die drittgrößte (Glücks)Spielregion in den USA. Neben zahlreichen Festen wie dem Tunica County Community Pride Fest, dem jährlichen Blues-Festival und dem Rivergate Festival soll es in Zukunft eventuell auch ein Oktoberfest in Tunica geben. Tunica möchte in Zukunft weiterhin neue Touristen aus dem Aus- und Inland anziehen.

*Kommunen, die sich für eine Partnerschaft mit einer der oben genannten Kommunen interessieren, erhalten weitere Informationen bei der Geschäftsstelle der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, bei Frau Mascha Gerwin (E-Mail Adresse: <mailto:mascha.gerwin@staedtetag.de>, Telefon: 0221/3771-315).*

## VI. Veranstaltungen / Wettbewerbe / Sonstiges

### Tagung „Kommunen sagen Ja zu Europa“ im November in Essen

Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) ist auch in diesem Jahr Mitausrichter der Tagung „Kommunen sagen Ja zu Europa“. Das Forum für Austausch, Begegnung und Vernetzung findet am 15. November 2019 in Essen gemeinsam mit der Nationalen Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung, der Nationalen Agentur „Jugend für Europa“, der Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ bei der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. und dem Regionalverband Ruhr statt. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie die grenzübergreifende Partnerschaftsarbeit zwischen Städten und Gemeinden sowie Jugend- und Bildungseinrichtungen wiederbelebt, weiterentwickelt und nachhaltig gestaltet werden kann. Neben Informationen zu verschiedenen EU-Fördermöglichkeiten werden Projekte vorgestellt, die durch Vernetzung, Verbindung lokaler und regionaler Strategien sowie zeitgemäße Ausrichtung ihre Kooperationen attraktiv und nachhaltig gestalten. Die Tagung richtet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommunaler Verwaltungen aus den Fachbereichen Internationales, Städtepartnerschaften sowie an Akteure aus der Jugendarbeit und Bildung. Die Veranstaltung ist kostenfrei. Anmeldungen sind bis zum 1. November 2019 möglich. Mehr Informationen gibt es unter <https://www.kontaktstelle-efbb.de/infos-service/veranstaltungen/>.

### Acht Städte im Rennen um „Kulturhauptstadt Europas 2025“

Im Jahr 2025 wird Deutschland wieder eine der Europäischen Kulturhauptstädte stellen. Für das nationale Auswahlverfahren haben sich insgesamt acht Städte beworben. Im Rennen sind Chemnitz, Dresden, Gera, Hannover, Hildesheim, Magdeburg, Nürnberg und Zittau. Ihre Bewerbungen werden nun von einer europäischen Jury bewertet. Am 12. Dezember 2019 werden dann jene Städte bekanntgegeben, die es auf die Shortlist und damit in die zweite Runde geschafft haben. Im Herbst 2020 wird die Jury dann eine der Kandidatenstädte für die Ernennung zur deutschen „Kulturhauptstadt Europas 2025“ empfehlen. Mit dem Titel will die Europäische Union das Zugehörigkeitsgefühl zu einem gemeinsamen Kulturraum fördern und nachhaltige kulturelle Entwicklungen in den jeweiligen Städten anregen. Mehr Informationen gibt es auf der Internetseite der Kulturstiftung der Länder: <https://www.kulturstiftung.de/kulturhauptstadt-europas-2025-bewerberstaedte/>

### Zwei Europäische Bürgerinitiativen im Bereich Umweltschutz registriert

Ende September registrierte die Europäische Kommission zwei Bürgerinitiativen zu Themen des Umwelt bzw. Klimaschutzes: Die Organisatoren der Fridays for Future-Bewegung rufen die EU-Kommission in ihrer Initiative „[Maßnahmen zu Bekämpfung der Klimakrise](#)“ zu ambitionierteren Zielen und einer Erhöhung der finanziellen Mittel für den Klimaschutz auf, um die Erderwärmung auf max. 1,5°C Grad zu begrenzen. Eine andere Initiative fordert unter dem Titel „[Bienen und Bauern retten! Eine bienenfreundliche Landwirtschaft für eine gesunde Umwelt](#)“ die Beendigung des Einsatzes synthetischer Pestizide. In beiden Fällen haben die Initiatoren nun ein Jahr Zeit, mindestens 1 Million Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern aus mind. Sieben EU-Mitgliedstaaten zu sammeln, um ihre Initiative dem Europäischen Parlament im Rahmen einer offiziellen Anhörung vorstellen zu dürfen. Die Kommission muss schriftlich darlegen, ob bzw. welche Maßnahmen sie jeweils als Antwort auf die Bürgerinitiativen vorsieht.